



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,
diese Woche kam der Landtag von Mittwoch bis Freitag zur 147., 148. und 149. Plenarsitzung zusammen.

Die Plenarwoche begann am Mittwoch mit der erneuten Vereidigung der Ministerinnen und Minister, sowie der ersten Regierungserklärung unseres neuen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst. Anschließend befasste sich das Plenum unter anderem mit den Themen Wohnungslosigkeit und dem Juristenausbildungsgesetz.

Am Donnerstag ging es mit einer Aktuellen Stunde zur Räumung des Hambacher Forstes los. Weitere Themen des Tages waren die Förderung der Biodiversität, die Einführung des Fahrradgesetzes sowie die Stärkung des Mittelstandes.

Der letzte Plenartag am Freitag begann dann ebenfalls mit einer Aktuellen Stunde zur Aufhebung der Maskenpflicht an Schulen. Außerdem beschäftigte sich der Landtag unter anderem noch mit den Themen Hochschulkooperationen und dem Erhalt von Erinnerungsorten des DDR-Unrechts.

Eine Übersicht über alle Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund
Ihr Raphael Tigges

Initiative gegen Wohnungslosigkeit beschlossen

Am Mittwoch wurde im Landtag ein Antrag von CDU und FDP zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit in NRW beschlossen.

Damit sollen Wohnungsprojekte ausgeweitet und an die erfolgreiche Initiative des Landes „Endlich ein Zuhause!“ angeknüpft werden. Auch die finanziellen Mittel in diesem Bereich wurden um das Siebenfache auf insgesamt nun 7,16 Millionen Euro erhöht.

Mit dem Antrag sollen betroffenen Menschen eine flächendeckend wirksame Hilfe zukommen und die bisherigen Angebote zielgruppengerecht weiterentwickelt werden.

Erste Regierungserklärung von Hendrik Wüst

Am Mittwoch hat der neue Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, eine Woche nach seiner Wahl und Vereidigung, im Landtag seine erste Regierungserklärung abgegeben.

Darin stellte Hendrik Wüst seine Vision und Strategie vor, wie der 2017 mit dem Regierungsantritt der NRW-Koalition begonnene Aufbruch in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt und weiter vorangebracht werden soll.

Mit Gestaltungswillen und Mut zur Veränderungen will die Landesregierung die großen Themen unserer Zeit angehen. Der Klimaschutz und die Bewahrung der Schöpfung müssen daher mit Innovationen und Anreizen gefördert werden. Gleichzeitig bleibt NRW ein Industrie- und Energieland. Statt staatlicher Verbote und Verordnungen ist es Aufgabe der Politik bürokratische Hürden abzubauen und Freiräume zu schaffen, um Chancen zu nutzen.

Als neuer Ministerpräsident lud Hendrik Wüst zum Abschluss seiner Rede alle Menschen in NRW ein, sich am Aufbruch zu beteiligen und gemeinsam zu handeln.

Aktuelle Stunde zur Aufhebung der Maskenpflicht an Schulen

Der letzte Plenartag startete mit einer Aktuellen Stunde zur Aufhebung der Maskenpflicht an Schulen in Nordrhein-Westfalen.

Nach mehr als einem Jahr wurde die Maskenpflicht am Sitzplatz in den Klassenräumen aufgehoben. Schulministerin Yvonne Gebauer verteidigte die Maßnahme gegenüber der Opposition: „Die aktuelle Lage ist nicht mit dem Beginn der Pandemie zu vergleichen. Inzwischen sind über 90 Prozent der Lehrkräfte geimpft sowie auch die Hälfte der 12- bis 17-Jährigen. Zudem wird in den Schulen 2mal pro Woche getestet. Die Schulen sind weiterhin sichere Orte und keine Treiber der Pandemie.“

Eine aktuelle Umfrage in allen Universitätskliniken des Landes hat zusätzlich belegt, dass momentan kein Einziger Minderjähriger im Alter von 5 bis 18 Jahren stationär behandelt werden muss. „Die Pandemie ist vor allem eine Pandemie der ungeimpften Erwachsenen“, so Ministerin Gebauer.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Ernennung zum Sprecher im Wissenschaftsausschuss

Am Dienstag wurde ich zum neuen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW im Wissenschaftsausschuss ernannt, nachdem mein Vorgänger Dr. Stefan Nacke in den Bundestag gewählt wurde.

Ich freue mich sehr über diese Ernennung und den damit verbundenen Vertrauensbeweis der Fraktion. Gerade der Hochschulbereich hat durch seine vielfältige Hochschullandschaft einen großen Stellenwert bei uns im Land.

Als stellvertretender Vorsitzender im Wissenschaftsausschuss konnte ich bereits viele Projekte politisch mitbegleiten. Gerade bei uns in OWL hat sich seit dem Antritt der NRW-Koalition Vieles geändert. Mit dem Aufbau der Medizinischen Fakultät an der Uni Bielefeld und der gesetzlichen Verankerung des Fachhochschulstandortes Gütersloh konnten wir unsere Region nachhaltig stärken und für jungen Menschen attraktiver machen.

Aufstellung zum Landtagskandidaten für Gütersloh, Harsewinkel und Herzebrock-Clarholz

Bei der Aufstellungsversammlung am vergangenen Samstag wurde ich von den stimmberechtigten Mitgliedern mit voller Stimmenanzahl zum Kandidaten für den Wahlkreis 95 bei der anstehenden Landtagswahl im Mai 2022 gewählt.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal für dieses tolle Ergebnis und das große Vertrauen, welches mir damit entgegengebracht wird, bedanken!

Für die kommenden Wahlen möchte ich mich insbesondere für die Zukunftsthemen Kinderbetreuung, Digitalisierung an Schulen und Hochschulen, Sicherheit, Wirtschaft sowie Klimaschutz und Landwirtschaft einsetzen.



Vereidigung des neuen Landeskabinetts

Ebenfalls am Mittwoch wurden zu Beginn des Plenartages die Mitglieder des neuen Landeskabinetts des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst vorgestellt und vereidigt.

Bis auf die freigewordene Stelle im Verkehrsministerium NRW, die zukünftig von Ina Brandes besetzt wird, handelt es sich bei den Ministerinnen und Ministern jedoch um dieselben Personen wie bereits im Kabinett Laschet. Ina Brandes wurde 1977 in Dortmund geboren und studierte Politikwissenschaften, Geschichte und Englische Philosophie bevor sie Referentin der CDU-Fraktion im Landtag Niedersachsen wurde. Seit 2006 arbeitete sie beim schwedischen Planungskonzern Sweco.



Verabschiedung des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes

Am Donnerstag wurde im Landtag NRW das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz der NRW-Koalition beschlossen.

Damit ist NRW das erste Flächenland in Deutschland, welches ein solches Gesetz zur gesetzlichen Gleichstellung des Radverkehrs und der Nahmobilität gegenüber anderen Mobilitätsformen verabschiedet. Mit dem Gesetz soll der Radverkehr ausgebaut und sicherer gemacht werden, indem die Infrastruktur unter anderem durch neue Bürger- und Radschnellwege verbessert wird.

Die Menschen in NRW haben vielfältige Mobilitätsanforderungen und mit dem neuen Gesetz schafft die Landesregierung die entsprechenden Rahmenbedingungen, um Radverkehr und Nahmobilität nachhaltig zu stärken.